

# CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement

## Factsheet Büro MEP Karoline Graswander-Hainz



### I. Ausgangslage

CETA bezeichnet ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Die Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien wurden im August 2014 beendet, nach einer rechtlichen Prüfung wurde der fertige Text des Abkommens im Februar 2016 veröffentlicht ([http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/february/tradoc\\_154329.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/february/tradoc_154329.pdf)). Nach Übersetzung in alle EU-Amtssprachen wurde der Entwurf an Europäisches Parlament und EU-Rat übermittelt. Nach Billigung im EU-Handelsministerrat (Herbst 2016) wurde im Februar 2017 im Europäischen Parlament über CETA abgestimmt. CETA wird oft im Zusammenhang mit dem noch in Verhandlung stehenden Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA diskutiert, bzw. als dessen Vorläufer bzw. Testlauf verstanden. Die Argumente für und gegen das Abkommen gleichen sich also weitestgehend: Durch besseren Zugang und erhöhte Rechtssicherheit für Firmen im EU- bzw. Kanada-Markt versprechen sich BefürworterInnen deutliche Impulse für das Wirtschaftswachstum. Mögliche positive wirtschaftliche Auswirkungen sind aber umstritten, zusätzlich warnen VertreterInnen verschiedener Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlicher Verbände vor möglichen Absenkungen von Produkt-, Umwelt- und Arbeitsstandards und den im Abkommen enthaltenen Investitionsschutzklauseln. Besonders hervorgehoben wird auch die Gefahr, US-amerikanische Firmen könnten über kanadische Niederlassungen tätig werden (Ob dies mit dem vorliegenden Abkommen möglich ist, wird von verschiedenen Seiten unterschiedlich beurteilt).

### II. Streitpunkte

- **ICS** - Nach heftiger öffentlicher Debatte um Formen des Investorenschutzes in Freihandelsabkommen legt die EU-Kommission das sog. Investment Court System vor (ICS). In CETA ist ein solches erstmals enthalten. Prinzipiell ist fraglich ob Investitionsschutz-Mechanismen in Freihandelsabkommen zwischen Industrienationen überhaupt notwendig sind. Investorenschutz spielt in erster Linie eine Rolle um Investitionen in weniger entwickelten Volkswirtschaften und Rechtssystemen abzusichern. Bspw. enthält das FTA zwischen den USA und Australien überhaupt keinen Investitionsschutz-Streitbeilegungsmechanismus. Fraktionsübergreifend haben 89 EU-Abgeordnete versucht eine Resolution im Plenum im November 2016 zu verabschieden, die den Europäischen Gerichtshof beauftragt hätte, die Vereinbarkeit von ICS mit EU-Recht zu überprüfen. Verschiedene europäische ExpertInnen und Juristen hegen begründete Zweifel an der Kompatibilität des neuen ICS-Systems mit den EU-Verträgen. Jedoch wurde leider keine Mehrheit gefunden. Eine verpasste Chance. Denn die Überprüfung durch den EuGH hätte ein für alle Mal Klarheit gebracht und für Rechtssicherheit gesorgt.
- **Negativliste und Sperrklinken- bzw. StillhalteklauseIn** - Freihandelsabkommen enthalten in der Regel einen Passus über den Geltungsbereich des Abkommens. Hier gibt es verschiedene Ansätze, das Nichtdiskriminierungsprinzip (als eigentliches Ziel von FTAs) zu realisieren. Als SPÖ favorisieren wir den sog. Positivlisten-Ansatz, d.h. alle Bereiche, die vom Abkommen umfasst und somit für alle Anbieter der Vertragsparteien diskriminierungsfrei zugänglich sein müssen, werden explizit gelistet. In CETA findet sich der Negativlisten-Ansatz, bedeutet alle Bereiche, die nicht vom Abkommen umfasst werden sollen, müssen explizit gelistet werden. In Verbindung mit sog. Sperrklinken- und

Stillhalteklauseln ergibt sich eine gefährliche Konstellation: Einerseits sind alle in der Zukunft aufkommenden Wirtschaftssparten, Branchen etc. automatisch Teil des Abkommens (egal ob dies von Bevölkerung und Gesetzgeber dann auch als sinnvoll erachtet wird), andererseits können Bereiche, die bereits im freien Wettbewerb stehen bzw. dorthin überführt werden, nicht mehr in die öffentliche Hand bzw. einen gesteuerten Wettbewerb rückgeführt werden.

- **Regulatorische Kooperation** - In CETA ist nicht exakt festgelegt, wie die Ausschüsse, Foren und Gremien - die für die Kooperation geschaffen werden sollen - bestellt und kontrolliert werden. Das Europäische Parlament müsste hier auch eingebunden werden, um seine Kontrollfunktion ausüben zu können. Ebenfalls müsste festgelegt werden, dass das EP unverzüglich über die Ergebnisse und Resultate dieser Gremien informiert wird.
- **Vorläufige Anwendbarkeit** - Nach positiver Beschlussfassung im Rat und im Europäischen Parlament entspricht es gängiger Praxis (obwohl durch EU-Vertragstexte nicht ausdrücklich vorgeschrieben) den Beschluss des Europäischen Parlaments abzuwarten, erst dann können Teile des Abkommens *vorläufig angewendet* werden. Bei CETA handelt es sich um ein *gemischtes* Abkommen. Folglich sind nicht nur Kanada und die EU, sondern auch alle Mitgliedstaaten Vertragsparteien. Nach Beschluss – bereits erfolgten Beschlüssen – im Rat und im Europäischen Parlament werden nun jene Teile des Abkommens vorläufig angewendet, die in ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen z.B. die Vereinbarungen zum Zollabbau und zur öffentlichen Auftragsvergabe. Teile des Abkommens, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, treten erst nach einstimmigem Ratsbeschluss und Ratifizierung durch alle nationalen Parlamente in Kraft. Die Erfahrung zeigt, dass sich dieser Prozess über Jahre hinziehen kann, so ist eine Abstimmung über CETA im österreichischen Nationalrat keinesfalls vor 2018 zu erwarten.
- Im Juni 2016 gelangte an die Öffentlichkeit, dass die Europäische Kommission, CETA als Abkommen in reiner Zuständigkeit der Europäischen Union einstufen will (eine offizielle Entscheidung wird im Anfang Juli veröffentlicht). Somit wäre keine Zustimmung nationaler Parlamente erforderlich, nach Beschluss in Rat und Europäischem Parlament könnte CETA so in vollem Umfang in Kraft treten. Ein Vorschlag der Kommission zur reinen Unionszuständigkeit kann im Rat nur einstimmig abgeändert werden, Italien signalisiert Zustimmung für die Vorgehensweise der EU-Kommission. Dies entspricht der politischen Absicht der Kommission CETA möglichst schnell umzusetzen.
- Im Rat regte sich im Oktober 2016 jedoch Widerstand gegen die Unterzeichnung von CETA. Einige Länder, wie Österreich, Deutschland und Belgien versuchen in Verhandlungen noch weitere Verbesserungen, vor der Abstimmung im Rat zu erzielen. Am Ende dieses Prozesses haben wir 38 unterschiedliche Zusatzerklärungen am Tisch liegen. Diese sollen zur verpflichtenden Interpretation des CETA-Texts herangezogen werden und für weitere Klarstellungen und Definitionen sorgen.
- Abgeordnete von verschiedenen Fraktionen (außer der konservativen Fraktion) haben sich des Weiteren dafür eingesetzt, den Zeitplan zur Behandlung von CETA im Europäischen Parlament auszudehnen, um genügend Zeit für weitere Debatten und Analysen zu haben. Die SPÖ-Delegation versuchte ebenfalls im Rahmen dieses Prozesses noch weitere Verbesserungen am Text zu erzielen. Unter anderem wurden die 38 Zusatzerklärungen sowie das interpretative Instrument auf deren Rechtsverbindlichkeit analysiert. Dabei stellte sich heraus, dass diese Erklärungen lediglich einen interpretativen Charakter haben und am Gesetzestext selbst nichts ändern.
- Der Ausschuss für internationalen Handel (INTA) stimmte am 24. Jänner 2017 über die CETA-Stellungnahme ab. Dabei lautete die Empfehlung an das Plenum für das CETA-Abkommen zu stimmen.

- Im Februar 2017 wurde über das CETA-Abkommen im Europäischen Parlament abgestimmt. 408 Abgeordnete votierten in Straßburg für den Vertrag, 254 Abgeordnete stimmten dagegen, 33 enthielten sich. Die Delegation der SPÖ im Europäischen Parlament hat geschlossen gegen das CETA-Abkommen gestimmt. Am 21. September 2017 tritt CETA vorläufig in Kraft. Der Ratifizierungsprozess in den Mitgliedstaaten läuft bereits.

### III. Unsere Ziele

- Keine Absenkung europäischer Arbeits-, Umwelt- und Produktstandards, ob direkt aus dem Abkommenstext abgeleitet oder als Folgewirkung durch Verdrängungswettbewerb zwischen US-amerikanischen und europäischen Produkten und Dienstleistungen. (Stichwort: Vorsorge-Prinzip)
- Öffentliche, faire und gleiche Gerichtsbarkeit für alle. Das Investment Court System stellt aus unserer Sicht keine substantielle Verbesserung dar, weiterhin soll es so eine gesonderte Gerichtsbarkeit für ausländische Konzerne geben.
- Keine Einschränkung regulatorischer Kompetenzen demokratisch legitimierter Institutionen. Regierungen bleibt es überlassen gewisse Bereiche aus Liberalisierungsverpflichtungen auszuschließen bzw. sie in die öffentliche Hand zurückzuführen (Stichwort: Negativ-, Positiv- bzw. Hybridlisten-Ansatz, Sperrklinke- und Stillhalte-Klauseln)
- CETA ist aufgrund seines Umfangs als gemischtes Abkommen zu bewerten, ein Inkrafttreten ohne breite Zustimmung nationaler Parlamente lehnen österreichische RegierungsvertreterInnen und die SPÖ-Abgeordneten im EU-Parlament ab.
- Für die zukünftige Ausrichtung der europäischen Handelspolitik und zu verhandelnder Abkommen ist ein grundlegender Paradigmenwechsel notwendig, Abkommen der Zukunft müssen neben freiem, auch den fairen Handel fokussieren, sie müssen neben der Organisation der Marktöffnung auch starke Regelungen zu Nachhaltigkeit, ArbeitnehmerInnen-Rechten, Umwelt- und Gesundheitsstandards enthalten und klare Sanktionsmechanismen formulieren.
- Verhandlungsprozesse zukünftiger Abkommen müssen von breiter öffentlicher Konsultation begleitet und Akteure von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und ArbeitnehmerInnen-Vertretung eingebunden werden.